

Volksstimme

**Schän
unve
unverschämt**



FOTO: GERALD MÜRER

MIRKO MESSNER,
Bundes-Spitzenkandidat



FOTO: KPÖ

JENNIFER ZACH,
Bundes-Spitzenkandidatin



Unverschämt ...

Ja, das ist sie: die KPÖ.

Sie kandidiert schon wieder bei den Nationalratswahlen.

Gegen die Schamlosigkeit, mit der im Parlament gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit Politik gemacht wird:

Demokratie? Wird abgebaut. Was der sogenannte Finanzmarkt diktiert, wird durch die Regierungen zum Gesetz.

Pensionen? Werden den meisten gekürzt, von Jahr zu Jahr gibts weniger. **Jugendarbeitslosigkeit?** Nimmt zu. **Arbeit?** Wird immer stressiger und lohnt sich für die meisten immer weniger. Hunderttausende sind überhaupt ohne Job. **Bildung?** Für die Nicht-Wohlhabenden eine ziemliche Herausforderung. Die meisten Studierenden müssen nebenher arbeiten, um über die Runden zu

kommen. **Gesundheit?** Milliarden sollen in den kommenden Jahren »eingespart« werden. Auf wessen Kosten wohl? **Wohnen?** Wird mit der Zeit für viele unerschwinglich. **Pflege?** Wird den Frauen aufgehalst. **Armut?** Nimmt zu – eineinhalb Millionen sind es schon, zusammen mit den »Armutgefährdeten«.

Aber da nimmt noch etwas anderes zu: **Die Zahl der Millio-näre.** Von Jahr zu Jahr. An die 90.000 sind es schon. Ein Wunder? Nein. Sondern Umverteilung – von unten nach oben.

Erinnern Sie sich noch? Zu Beginn der Legislaturperiode haben alle im Parlament vertretenen Parteien einen gemeinsamen Beschluss gefasst: Das 100-Milliarden-Banken-Hilfspaket. ALLE Parteien. Denn es gibt im österreichischen Parlament keine linke Opposition,

die dem widerspricht. Ihr Platz im Parlament ist unbesetzt. Diesen Platz wollen wir besetzen.

Wir hätten im Parlament damals NEIN gesagt zu den Milliarden für die Banken; wir sagen heute NEIN zum Kurs, der Reiche reicher und Arme ärmer macht.

Ob es diesmal ausreichen wird für Nationalratsmandate? Das hängt von Ihnen ab. Wir appellieren an Sie: geben Sie bei den kommenden Nationalratswahlen ihre Stimme der KPÖ. Damit sie nicht verloren geht. Damit Ihr NEIN zur schleichenden Zerstörung des Sozialstaats gehört wird. Widersprechen Sie. Unterstützen Sie die soziale, linke Opposition.

Seien auch Sie unverschämt am 29. September.

Wählen Sie die KPÖ.

Für die herrschenden Parteien in Österreich ist es eine »Anomalie«, also eine Art Bruch der von ihnen aufgestellten Regeln. Für die Menschen aber ist es eine gut gewählte Sache, von der sie seit fünfzehn Jahren profitieren: Die KPÖ in Graz, die dort mit knapp 20 % die zweitstärkste politische Kraft darstellt und seither für das Wohnungswesen verantwortlich ist.

Mit Ernest Kaltenegger und Elke Kahr gibt es seither in der zweitgrößten Stadt Österreichs Stadträte der anderen Art. Sie leben von einem durchschnittlichen Facharbeitergehalt, spenden den Großteil der hohen Politikereinkommen an einen Sozialfonds und wissen daher, wie der Großteil der Menschen unter den heutigen Verhältnissen über die Runden kommen muss.

Top saniert und dennoch leistbar

In eineinhalb Jahrzehnten haben die kommunistischen Stadträte immerhin zwei Drittel des Altbaubestandes top saniert, bei leistbar gebliebenen Mieten. Der Substandard wurde beseitigt, 500 neue Gemeindewohnungen wurden errichtet. Mit über 12.000 Wohnungen verfügt die Gemeinde Graz nunmehr über 10 % des Wohnungsbestands und kann diese zu sozialen Bedingungen vermieten. In der laufenden Gemeinderatsperiode sollen weitere 500 gebaut werden. Damit erfährt der kommunale Wohnbau durch die Stärke der KPÖ in Graz eine notwendige Auferstehung, während er in Wien seit über 10 Jahren stillgelegt ist.

Die KPÖ hat in Graz durchgesetzt, dass niemand mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für Miete, Betriebskosten und Heizung aufbringen muss.

Graz hat's, Österreich braucht's



FOTO CC SHERVIN AFSHAR

In Graz gehen die Uhren etwas anders – Zeit auch für Österreich!

Dafür sorgt ein Miet-Zuzahlungssystem der Kommune. Ein Kautionsfonds – ebenfalls eine Errun-

genenschaft der KPÖ – hilft auch Wohnungssuchenden gegenüber privaten Vermietern.



Markt funktioniert nicht

Kein Wunder, dass nach solchen politischen und sozialen Erfolgen auch andere Parteien die Wohnungsfrage entdeckt haben, z. B. die SPÖ, die derzeit »leistbares Wohnen« groß plakatiert. Der Unterschied zur KPÖ ist aber, dass die herrschenden Parteien nichts am bestehenden System ändern wollen.



FOTO: GISELA ORTNER

ERNEST KALTENEGER, Stadtrat in Graz bis 2007

Ernest Kaltenegger: »Markt funktioniert beim Wohnen nicht. Wenn ich kein Geld habe, kann ich auf einen Fernseher oder ein Auto verzichten – auf eine Wohnung nicht. Also bin ich in einer ganz schlech-



FOTO: KPÖ GRAZ

ELKE KAHR, Stadträtin in Graz seit 2007

ten Position. Der Vermieter braucht nur einen finden, der die Miete akzeptiert, hat also viel bessere Chancen. Markt funktioniert vor allem für jene Bevölkerungsschicht nicht, die nicht in der Lage ist, jeden Preis zu zahlen.«

Die KPÖ ist deshalb der Meinung, dass es Aufgabe des sozialen Wohnungswesens sein muss, diesen Menschen leistbare Wohnungen anzubieten. Das wirkt als Nebeneffekt auch preisdrückend im privaten Wohnungsmarkt. Kaltenegger: »Wenn das Angebot an leistbaren Wohnungen groß genug ist, müssen private Vermieter auch ein bisschen nachgeben.«

Die Zahlen, die Elke Kahr als Grazer Wohnungsstadträtin vorliegen, sind erschreckend: 850.000 Menschen wohnen in Österreich in prekären Verhältnissen, mehr als 100.000 Personen sind obdachlos. Kahr: »Ein Drittel der BewerberInnen um Gemeindewohnungen in Graz sind Notfälle, die vorübergehend bei Freunden, Bekannten oder in sozialen Einrichtungen untergekommen sind.« Diese scheinen in den Statistiken kaum auf. Die offiziellen Zahlen müssen also durch die unsichtbare Obdachlosigkeit ergänzt werden.



FOTO: KPÖ GRAZ

Kurt Luttenberger

Gemeinde- und Arbeiterkammer-
rat, KPÖ-Spitzenkandidat in der
Steiermark

:: Wer etwas für die Mehrheit der Bevölkerung erreichen will, muss der Minderheit der Superreichen etwas wegnehmen und die Macht des Kapitals zurückdrängen.

Aber statt den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnbau anzukurbeln, sind die Förderpötte für den Wohnbau jahrelang ausgeräumt worden und in anderen Budgets versickert. Statt die Wohnbaurdarlehen zu verkaufen oder damit zu spekulieren, wie das viele Bundeslän-

Bitte nachrechnen

Der Wiener Bürgermeister Häupl stellt in einem News-Interview fest, dass nur die KPÖ ernsthaft für amtliche Preisregelungen im Wohnbereich und bei den Lebensmitteln eintritt. Und sie bekommt dafür bei Wahlen 0,6 Prozent Zustimmung. Für ihn folgt daraus, dass er sich nicht für amtliche Preisregelungen einsetzen muss. Das ist weiter nicht überraschend. Spannender ist wohl die Rechenaufgabe, die da lautet: wie viele Prozent muss die KPÖ haben, dass die SPÖ umdenkt? 1,2 Prozent? Oder 4 Prozent und Nationalratsmandate? Auf jeden Fall lautet die Antwort: Nur durch eine erhebliche Stärkung der KPÖ wird ein Umdenken in der herrschenden Politik einsetzen.

der getan haben, tritt die KPÖ für die **strikte Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmitel** ein. Statt dem System der Richtwertmieten, das zu einem dramatischen Anstieg der Wohnungsmieten geführt hat, müssen **Mietzinsobergrenzen nach dem ehemaligen System der Kategoriemietzinse** eingeführt werden. Außerdem ist die KPÖ strikt **gegen die automatische Indexierung der kommunalen Gebühren**, die die Betriebskosten verteuern. Sozial gerecht wäre auch die **Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Betriebskosten und Heizung**.

Elke Kahr: *»Wohnung darf keine Ware sein. Wohnen ist Teil elementarster Daseinsvorsorge. Wohnungspolitik ist ein ganz wesentlicher Teil der Sozialpolitik, denn alle Menschen – ob jung oder alt, krank oder gesund, einheimisch oder zugewandert, benachteiligt oder privilegiert – brauchen Raum zum Wohnen.«*

FOTO: KPÖ 00

In Linz beginnt's



»Viele Forderungen der KPÖ zum Thema Wohnen werden vor der Nationalratswahl von anderen Parteien – vor allem den Grünen und der SPÖ – aufgegriffen. Ich werte das als eine Reaktion auf den Erfolg von Elke Kahr bei der Grazer Gemeinderatswahl. Diese Forderungen dürfen nach dem 29. September aber nicht in Vergessenheit geraten«, ergänzt der Spitzenkandidat der KPÖ in der Steiermark, Gemeinde- und Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger.

Mit der 2012 gestarteten Kampagne »Freifahrt für alle!« fordert die Linzer KPÖ die kostenlose Beförderung auf allen Linzer Linien. Immer wieder bringt dazu KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grün (links im Bild) im Linzer Gemeinderat dieses Thema ein und sieht Maßnahmen wie etwa die Verbilligung der Jahresnetzkarten um hundert Euro als Schritte in Richtung Freifahrt auf Öffis.

Infos zum Thema dazu gibt es unter www.freifahrtlinz.at



Luftgitarre

Wenn jemand so tut, als täte er, nämlich ohne Instrument Gitarre spielen, dann heißt das Luftgitarre-Spielen. So wie jetzt im Wahlkampf die SPÖ. Sie will, sagt sie, eine Millionärssteuer einführen. Vor rund zwanzig Jahren hat es so etwas noch gegeben, unter dem Namen Vermögenssteuer. Und die wurde damals abgeschafft – von einem SPÖ-Minister. Jetzt hat die SP die Luftgitarre ausgepackt. Sie wird sie nach den Wahlen wieder einpacken, so viel ist sicher. Und wird sich dabei auf den Widerstand der ÖVP berufen, mit der sie heute gemeinsam regiert und es wohl auch nach den Wahlen tun wird. Da hilft nur eines: andere Kräfteverhältnisse im Parlament. Eine linke und soziale Opposition, eine KPÖ im Parlament: das hilft verlässlich gegen Luftgitarren-Konzerte.



Sigi Maron

Künstler, Behindertenaktivist, parteilos und Dritter auf der Bundesliste der KPÖ

:: Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht. Du musst es hegen und pflegen, vor allem aber gießen. Dann wird auch das Pflänzchen KPÖ so wachsen, dass es bis ins Parlament reicht.

FOTO © ERWIN SCHUH

Trari, trara, die Hochkultur

DIE KPÖ FORDERT:

Umverteilung von oben nach unten

- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro die Stunde!
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Angemessene Besteuerung der Banken, Konzerne und Euro-Millionäre!
- Schluss mit der illegalen und legalen Steuerflucht der großen Vermögen und Gewinne!
- Herunter mit dem Einstiegs-, hinauf mit dem Höchststeuersatz!

In Österreich werden Kunst und Kultur ungleich behandelt: Einerseits die Kulturpflege in den Bundestheatern und Bundesmuseen; andererseits die Unterstützung des aktiven Kunstschaffens. Der Löwenanteil der für Kunst und Kultur vom Staat bereitgestellten Mittel in der Höhe von 442,6 Millionen Euro wird für traditionelle Hochkultur aufgewendet.

An dem Verhältnis hat sich in den letzten Jahren wenig geändert. Für die lebende Kunst bzw. die Aktivitäten in bildender Kunst, Architektur, Mode, Fotografie, Design, Medienkunst, Musik, darstellende Kunst, Film, Literatur, Verlagswesen, Auszeichnungen und regionale Kulturinitiativen inklusive Öster-

reichisches Filminstitut bleibt nicht einmal ein Viertel des staatlichen Kulturbudgets übrig; dabei sind in diesen Sparten um ein Vielfaches mehr Menschen engagiert. Viele von ihnen können sich aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten, unter denen sie arbeiten, die Mozartkugel geben.

Darum muss das Kulturbudget so aufgestockt werden, dass das Missverhältnis verringert wird und auch die lebende Kunst sich entwickeln kann. Es müssen Formen der Mitbestimmung der Kunsttätigen in allen sie betreffenden Angelegenheit gefunden werden.

Die Wiener BezirksrätInnen der KPÖ – Susanne Empacher, Wolf-Goetz Jurjans und Josef Iraschko – fordern die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses von 200 Euro in Wien, plus Nachzahlung für 2012. Erstens, meint Jurjans, weil sich die Repräsentanten der traditionellen Parteien keine Vorstellung mehr darüber machen können oder wollen, »wie konkret und erschütternd die Not vieler Menschen ist«. Zweitens, weil das Streichen des Heizkostenzuschusses kennzeichnend dafür ist, wie mit den ohnehin schon Ausgegrenzten in unserer Gesellschaft umgegangen wird.

2010, weil in Wien Gemeinderatswahlen waren, wurden noch 200 Euro ausbezahlt, dann 100, dann nichts mehr, letztendlich wurde eine sogenannte »Energieunterstützung« eingeführt, die auf Beratungs- und Sachleistungen umstellte, um die soziale Treffsicherheit, wie es hieß, zu erhöhen. Der Subtext lautete: Kein Geld mehr auf die Hand, wird ohnehin versoffen.

Das ist der Umgang mit mehr als 100.000 Wienerinnen und

Ofen aus! Heizen oder essen?



FOTO: HILDE GRAMMEL

Kandidieren für die KPÖ: Wolf-Goetz Jurjans, Susanne Empacher

Wienern, die sich im Winter entscheiden müssen: Friere ich oder hungere ich lieber. Unter den Betroffenen mehrheitlich Frauen und Kinder.

Schon seit Jahren liegt der Vorschlag der KPÖ zur Einführung einer Energiegrundsicherung vor – und wird schon ebensolang ignoriert. Was gemacht wird, ist die Augenauswischerei einer dreieinhalbprozentigen

Strom- und Gaspreissenkung, die real ein Prozent beträgt, die in keiner Weise die gesunkenen Energieeinkaufspreise weitergibt und nichts anderes als ein Wahlkampfeschmäh ist.

**Mehr dazu auf:
www.rotpunkt.kpoe.at**

Die Lösung: Energiegrundsicherung

Die Anzahl der Menschen, die in unserem reichen Land ohne Licht und Wärme leben müssen, nimmt zu. Die Energiekosten steigen in schwindelnde Höhen und bringen den Aktionären satte Gewinne. Diese Unternehmen sind aber immer noch in kommunalem Eigentum. Bei entsprechendem politischen Willen ist es also sofort möglich, Teile dieser Gewinne umzuschichten. Damit kann allen Haushalten genügend Energie für eine grundlegende Versorgung gratis gegeben werden. Was vor allem sozial schlechter gestellte Menschen sofort positiv spüren würden.

Unser Konzept der Energiegrundsicherung ist durchdacht, sozial wichtig, ökologisch richtig und finanzierbar: Wenn es umgesetzt wird, bekommen die Menschen in dieser Zeit, in der uns täglich weggenommen wird, ein Stück Sicherheit zurück.

Mehr dazu auf: www.energiegrundsicherung.at



FOTO: VS

Christiane Maringer

Stadträtin für Energie, Umwelt und Verkehr für die Liste Baum in Purkersdorf, NÖ. Sie kandidiert bei den Nationalratswahlen auf der KPÖ-Bundesliste und in Niederösterreich

Was geht uns die Krise an?

ILLUSTRATIONEN: KARLI BERGER, TEXT: PETER FLEISSNER



Die US-Banken verpacken die Kredite in Wertpapiere erster Klasse und verkaufen sie in die ganze Welt.



Die Krise begann im Schlaraffenland USA: Jeder, der wollte, erhielt einen Wohnungskredit – auch wenn er ihn nicht zurückzahlen konnte

In Europa kaufen alle, die sich's leisten können, wie wild diese angeblichen Schnäppchen.

Als die Zinsen für die Kredite stiegen, hatten die neuen Hauseigentümer Probleme, sie zurück-zuzahlen.
Die Nachfrage nach Häusern sank, ihr Wert verfiel.



Die Wunderpapiere stellen sich als faul heraus. Viele profit-gierige Banken, aber auch betuchte Anleger kommen in Schwierigkeiten – Die Bankenkrise ist da!

Die Nachfrage im In- und Ausland erlahmt. Die Wirtschaft schrumpft, auch im Wirtschaftswunderland Deutschland. – Die Wirtschaftskrise lässt grüßen!



Wie konnte das geschehen?

Hintergrund dieser Vielfachkrise ist die kapitalistische Struktur unserer Wirtschaft, die wie eine Geldpumpe funktioniert: Die Unternehmen eignen sich die Leistung der arbeitenden Menschen an und bezahlen nur den Lohn. So entsteht der Profit, aus dem die Investitionen in die Realwirtschaft finanziert werden können.

Durch die neoliberale Globalisierung der Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten wurden aber Finanzanlagen profitabler als Investitionen in die Realwirtschaft. Banken, Versicherungen und betuchte Privatleute deckten sich mit Wertpapieren ein, die das Schlaraffenland für wenige ermöglichten und danach einen Kahlschlag hinterließen. Der Staat sprang ein, um ihre gefährdeten Gewinne zu sichern, und holt sich das Geld von unten. Der Sozialstaat wird abgebaut.

Die regierenden Parteien in Österreich haben bisher keinen Ausweg aus der Vielfachkrise gezeigt.

Nur die KPÖ schlägt eine konkrete und demokratische Alternative vor. Details auf www.kpoe.at

Jeder Staat will seine Banken mit Milliardenbeträgen retten – damit die großen Anleger verschont bleiben. Die Steuerzahler werden aber nicht gefragt –
Die Staatsschuldenkrise tritt auf!

Der Staat kurbelt mit viel Geld die Wirtschaft an und vermehrt dadurch die Staatsschulden. Irland, Island, Griechenland, Spanien, Portugal, Zypern, Slowenien geraten in die Nähe des Bankrotts.

Die Troika (Europäische Kommission, Internationaler Währungsfonds und die Europäische Zentralbank) verordnen undemokratisch Sparpakete, um die Staatsschuld zu reduzieren.

Der Wohlfahrtsstaat wird demoliert! Hunderttausende demonstrieren.

WIR SORGEN DAFÜR, DASS DIE MENSCHEN NICHTS MEHR KONSUMIEREN KÖNNEN UND DIE ARBEITSLÖSUNG ENORM STEIGT! DANN WIRD SICH DIE WIRTSCHAFT RASCH ERHOLEN!



DIE TROIKA HAT EINEN MASTERPLAN!

Zeit für ein anderes, solidarisches Österreich



1. Aufstehen, lachen, einen guten Tag vor sich haben und am Abend frei von Sorgen einschlafen ... Ein Bilderbuchwunsch? Es gibt Menschen in unserem Land, die erkannt haben, dass ökologische und soziale Gerechtigkeit nur im gemeinsamen Handeln zu verwirklichen sind: Sie gründen Automitfahrgemeinschaften, benutzen nach Möglichkeit öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad; sie pflanzen an den unmöglichsten Stellen der Großstadt Blumen; sie unterstützen soziale Initiativen oder gründen biologische Lebensmittel- und regionale Wirtschaftskreisläufe; sie tun sich zu Hausgemeinschaften zusammen; sie kümmern sich um ihre kranken Nachbarn oder bilden Tauschkreisläufe für den sparsamen Umgang mit Ressourcen.

2. Das gute Leben im Alltag gemeinsam zu bewältigen, wäre eine politische Herausforderung. Doch statt das Gemeinwohl zu stärken, ordnen die derzeit politisch Verantwortlichen ihre Entscheidungen dem neoliberalen Dogma unter: Ausverkauf kommunaler Einrichtungen, Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, Aufkündigung des Sozialstaates. Die Folgen sind wachsende Armut für immer größere Bevölkerungsschichten und steigender Reichtum für eine Elite in Wirtschaft und Politik.

3. Der neoliberale Wandel in Wirtschaft und Politik, in den Wertvorstellungen der Gesellschaft bewirkt, dass soziale Errungenschaften wegbrechen. Es ist eine Schande, dass im reichen Österreich Suppenküchen zum Überleben in Armut mittlerweile zum Alltag gehören; dass Menschen in

Griechenland die Medikamente für ihre kranken Angehörigen nicht mehr zahlen können, weil die sozialen Sicherungssysteme kollabieren; dass in Portugal erwachsene Kinder bei den Eltern wohnen müssen, weil ein eigenständiges Leben nicht finanzierbar ist ... Es ist ein Skandal, dass der Hunger bei steigendem Reichtum nach Europa zurückgekehrt ist.

4. Wer sorgt sich um die zukünftigen Generationen und um all jene, die ihre Arbeitskraft nicht vermarkten können oder wollen? Insbesondere Frauen erleben es täglich: An Arbeit mangelt es nicht, aber an der nötigen Existenzabsicherung. Oft sind die Frauen gezwungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitarbeit anzunehmen, um den Spagat zwischen der Arbeit im Beruf und in der Familie zu meistern. Noch immer verdienen Frauen

deutlich weniger als Männer. Die große Pensionsreform mit der Erweiterung des Durchrechnungszeitraumes bedeutet weitgehende weibliche Altersarmut. Wie die junge Generation Praktikum oder Arbeitslos jemals einen Pensionsanspruch erwerben kann, steht in den Sternen.

Es ist Zeit, für eine neue solidarische Gesellschaft zu ringen. Die unsichtbare Arbeit von Frauen und die oft ebenso verschleierte Arbeit von Eingewanderten sichtbar zu machen, ohne die beispielsweise unser Gesundheits- und Pflegesystem längst kollabiert wäre. Das erfordert die Neubewertung und bessere Entlohnung dieser Arbeiten. Es erfordert aber auch eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, um die bezahlte wie die unentgeltlich erbrachte Arbeit gerechter verteilen zu können.



FOTO: GISELA ORTNER

Bärbel Danneberg

Verfasserin dieses Textes (im Bild links in der Mitte hinter dem Transparent), ist diplomierte Krankenschwester, heute Journalistin und Autorin (Preis der Volkshilfe Österreich für »Alter Vogel, flieg! – Tagebuch einer pflegenden Tochter«), KPÖ-Kandidatin in Wien und auf der Bundesliste.

Wussten Sie, dass ...

... die KPÖ als einzige österreichische Partei am Tag der Besetzung Österreichs durch die Hitlertruppen zum aktiven Widerstand aufgerufen hat?

... die Einbauküche, die in nahezu jeder Wohnung steht, im Jahre 1926 von der ersten österreichischen Architektin, der Kommunistin und Widerstandskämpferin Margarete Schütte-Lihotzky, als »Frankfurter Küche« entwickelt wurde?

... die Unabhängigkeitserklärung der Republik Österreich vom 27. April 1945 (neben Karl Renner, Adolf Schärp und Leopold Kunschak) vom damaligen Vorsitzenden der KPÖ, Johann Kopleng, unterschrieben wurde?

... die KPÖ als kleinste Fraktion im Nationalrat bis zu ihrem Ausscheiden im Jahr 1959 unter anderem mit Ernst Fischer die am stärksten beachteten Debattenbeiträge geliefert hat?

... dass rund zweitausend Mitglieder der KPÖ durch die Nazi-Justiz ums Leben gekommen sind, und dass die KPÖ als kleinste österreichische Partei in dieser Auseinandersetzung mit Abstand meisten Opfer von gebracht hat?

... die erste Frau in einer österreichischen Bundesregierung der KPÖ angehörte und Hella Postranecky-Altmann hieß?

... der deutsche Schriftsteller Thomas Mann den Antikommunismus als größte Torheit des 20. Jahrhunderts bezeichnet hat?

... dass der Bildhauer Alfred Hrdlicka, der Schöpfer des Denkmals gegen Faschismus und Krieg auf dem Albertina-Platz in Wien, an der Nationalratswahl 1999 als Spitzenkandidat der KPÖ in Kärnten teilgenommen hat?

... der Oktoberstreik im Jahr 1950, der bis heute häufig als Kommunistenputsch abqualifiziert wird, aus einer spontanen Protestaktion der Arbeiter in der Linzer VOEST und den Steyr-Werken gegen die Teuerung hervorgegangen ist?

Bildungspolitik: Nicht genügend!

Das österreichische Schulsystem ist nach internationalen Vergleichstests sauteuer und wirkt nicht. Verursacht wird dieser Missstand durch ein Schulsystem, das keine gemeinsame Ausbildung bis zum 14. Lebensjahr in Ganztagschulen vorsieht.

Die von fortschrittlichen Pädagogen seit Jahrzehnten geforderte Kombination von Gesamt- und Ganztagschule scheitert daran, dass derartige Schulgesetze einer Zweidrittelmehrheit bedürfen und von den Rechtsparteien strikt abgelehnt werden. Dennoch unterstreichen PolitikerInnen in Festtagsreden die Notwendigkeit, in Bildung und Forschung zu investieren, um unser Land fit für die Zu-

kunft zu machen. Tatsächlich fehlt es trotz des – ungleich verteilten – Reichtums unseres Landes in Schulen und Universitäten oft am Notwendigsten, um den Anforderungen der Gegenwart gerecht zu werden. Mangel an Platz und Personal prägen die Wirklichkeit im Bildungswesen. Die Folge:

Unsere Schulen entlassen jährlich 53.000 SchülerInnen ohne Abschluss ins Leben und erzeugen dadurch zukünftige Armut. Aber anstatt die Armut durch strukturelle Veränderungen wirklich zu bekämpfen, wird sie über eine umfangreiche Bürokratie bloß verwaltet. Ein Entkommen aus der Armutsfalle ist in diesem System beinahe unmöglich. —red



FOTO: BENJAMIN FREUIS

Sandra Metzler

Hausfrau, KPÖ-Spitzenkandidatin in Vorarlberg

:: In der offiziellen Statistik heißt es, dass immer mehr Menschen eine Arbeit haben. Dabei wird verschwiegen, dass die neuen Jobs überwiegend schlecht bezahlte Teilzeitarbeit von Frauen ist. Darum verdienen Frauen im Durchschnitt nach wie vor deutlich schlechter als Männer.

DIE KPÖ FORDERT:

- Kein Cent mehr aus öffentlichen Geldern für Banken
- Stopp der Privatisierung und Rückführung bereits privatisierter Bereiche in öffentliches Eigentum
- Stopp der ständigen Erhöhung kommunaler Gebühren, mehr Geld für die Gemeinden aus dem Finanzausgleich
- Amtliche Preisregelung für Güter des täglichen Bedarfs
- Nulltarif auf allen Öffis durch Entwicklung und Umsetzung eines sozialen Mobilitätsplans
- Gleiche Rechte für alle Menschen, deren Lebensmittelpunkt sich in Österreich befindet
- Sinnhaftes statt ungebremstes Wachstum & Festlegung ökologischer Mindeststandards
- Aufkündigung des EU-Fiskalpakts, kein Beitritt zum Wettbewerbspakt
- Keine Beteiligung an den Battle-Groups der EU, Austritt aus der NATO-Partnerschaft und ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres, mehr Geld für Rettungsdienste und Katastrophenschutz



FOTO: PRIVAT

Bernhard Gaishofer

Studieren an der Uni, kandidieren für die

:: Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht davon abhängen, ob jemand das Geld dafür hat. Wir wollen in einer

Bedingungsloses Grundeinkommen

Teilzeit hier, Überstunden da, Erwerbsarbeitslosigkeit oder working poor («Arm trotz Arbeit»), aber zwölf Stunden pro Tag ...? – Dieses System ist nicht in der Lage, allen Menschen Teilhabe, Erwerbsarbeit oder soziale Sicherheit zu bieten. Soziale Unterstützung ist von Existenzsicherung weit entfernt und auch Erwerbsarbeit schützt nicht vor Armut, aber Milliarden Euro sollen auf Kosten Aller die Gewinne der Banken retten.

Die KPÖ befürwortet ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, die hier leben, denn alle haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Zugleich treten wir für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro und eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden ein. Ein



FOTO: PRIVAT

Sophie Schindelar

Junge Linke auf der KPÖ-Bundesliste

solidarischen Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Ausbeutung leben, darum kandidieren wir für die KPÖ.



FOTO: GISELA ORTNER

Melina Klaus

Angestellte, auch international im Netzwerk für ein bedingungsloses Grundeinkommen aktiv, ist KPÖ-Spitzenkandidatin in Wien

bedingungsloses Grundeinkommen ist in einem der reichsten Länder der Erde allemal finanzierbar.

Auch Sie können eine entsprechende Europäische Bürgerinneninitiative unterstützen. Damit sie in Brüssel behandelt wird, werden insgesamt eine Million Unterschriften benötigt: <http://basicincome2013.eu/ubi/de>



KPÖ
www.kpoe.at

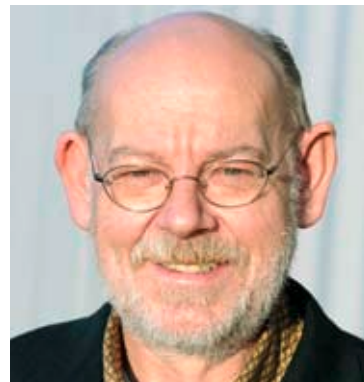


FOTO: KPÖ SALZBURG

Josef Enzendorfer

Arbeiter, KPÖ-Spitzenkandidat in Salzburg

:: Seit mehr als zwanzig Jahren sinkt der Anteil der Löhne und Gehälter der ArbeiterInnen und Angestellten am Volkseinkommen. Das ist ein Verlust von rund fünfzehn Milliarden Euro. Und da sagen einige in der Regierung, wir lebten über unsere Verhältnisse. Die Frage ist, wer da über seine Verhältnisse lebt?



FOTO: KPÖ OÖ

Leo Furtlehner

Angestellter, KPÖ-Spitzenkandidat in Oberösterreich

:: Wir wollen, dass von oben nach unten umverteilt wird, statt umgekehrt wie heute.



Nikolaus Lackner

Koch, KPÖ-Spitzenkandidat in Niederösterreich

:: Die Suppe, die uns von den etablierten Parteien im Nationalrat eingebracht wurde, ist versalzen und unbedenklich. Die Rezepte und Zutaten werden von den LobbyistInnen, Bündeln, Großkonzernen und Großkapitalisten bereitgestellt. Diese Suppe wollen wir nicht. Das Gegenrezept hat einen Namen: KPÖ.



FOTO: GERALD MURER

Christina Lobnig

Radiologietechnologin, KPÖ-Spitzenkandidatin in Kärnten

:: Das politische System ist erstarrt. Stau in der Mitte und rechts, mit der KPÖ käme endlich linke Dynamik auch im Parlament auf.



FOTO: PRIVAT

Rudi Gabriel

Arzt, KPÖ-Spitzenkandidat in Burgenland

:: Die in der sogenannten »Gesundheitsreform« vorgesehenen Einsparungsbeschlüsse müssen zurückgenommen, die solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung muss erhalten und ausgebaut werden.

DIE KPÖ FORDERT:

- Soziale Absicherung über der Armutsgrenze
- Rücknahme der Pensionsreform, volle Abgeltung der Inflation und Erhöhung der Pensionen im Ausmaß des Wirtschaftswachstums
- Erhöhung des Erwerbslosengeldes von derzeit 55 auf 80 Prozent des letzten Bezugs
- Erhöhung der Notstandshilfe auf ein existenzsicherndes Niveau
- Einführung einer bedingungslosen Jugendsicherung für alle, die eine Lehre oder eine Ausbildung absolvieren
- Rücknahme der in der sogenannten »Gesundheitsreform« vorgesehenen Einsparungsbeschlüsse
- Gebührenfreie Bildung für alle – über Schulen und Universitäten bis zur Erwachsenenbildung, Studiengeld für alle Studierenden in existenzsichernder Höhe



FOTO: JOHANNA BÖHM / TIROLER TAGESZEITUNG

Gerda Pastyrik

Sozialarbeiterin, KPÖ-Spitzenkandidatin in Tirol

„In der kapitalistischen Gesellschaft ist allein die Arbeitskraft des Menschen von Bedeutung, insofern sie der Vermehrung des Reichtums (anderer) nützt. Ansonsten kommen die Menschen nur als Kosten vor, die sich der Sozialstaat immer weniger leisten will. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der es um die Befriedigung der Wünsche und Bedürfnisse der Menschen geht, und nicht um Profitmaximierung.“

»Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die den Krieg führt, und wir gewinnen«

Warren Buffet

Milliardär. Kandidiert nicht für die KPÖ.

»Wäre das System nicht so verpfuscht, würden Typen wie ich nicht so ein Geld machen«

Carl Icahn

Milliardär. Kandidiert auch nicht für die KPÖ.

Wussten Sie, dass ...

... die älteste Frauenzeitschrift Österreichs, »Die Stimme der Frau« schon 1945 mit einer Auflage von 50.000 in Druck ging und von der KPÖ gefördert war?

... die KPÖ in Wien bereits zu Beginn der 50-er Jahre die Aktivierung der Schnellbahn und die Schließung des S-Bahn-Rings gefordert hat?

... die steirischen PolitikerInnen der KPÖ seit 1988 auf insgesamt rund 1,3 Millionen Euro verzichtet haben, damit »Menschen in Not« rasch und unbürokratisch geholfen werden konnte?

... die KPÖ den Einbau von Duschen in allen Gemeindewohnungen als Teil des Programms von Graz als Kulturhauptstadt des Jahres 2003 durchgesetzt hat?

Wussten Sie außerdem, dass die KPÖ ...

... das tollste Grillrezept für einen heißen Sommer hat?

... das geringste Vertrauen der Regierungsparteien genießt?

... die schrägste Community international aufzuweisen hat?

... der Beatle John Lennon ohne weiteres der KPÖ hätte angehören können?

... die KPÖ eine erneuerte, offene Partei ist?

... dass trotz ständigem Umbau der Betrieb der KPÖ geöffnet ist?

... die KPÖ eine realistische Alternative zum neoliberalen Wirtschaften aufzeigt?

... die KPÖ die erste und einzige Partei Österreichs mit einem eigenen Frauenprogramm und die beste Garantie für unbeschreiblich weiblich ist?

... Mandatare der KPÖ, falls sie Politikerbezüge beziehen, diese Einkünfte bis auf 2.000 Euro in einen Sozialfonds einzahlen? In Graz und in der Steiermark beweisen das die Stadträte und Landtagsabgeordneten der KPÖ seit 15 Jahren. – Allein im Vorjahr sind 127.622,62 Euro in den Fonds zur Unterstützung von Notfällen geflossen.

Alle Forderungen und Vorschläge der KPÖ anlässlich der Nationalratswahl 2013 sowie sämtliche 160 KandidatInnen auf der Bundesliste finden Sie auf www.kpoe.at

Echt fett

Können Sie sich bildlich vorstellen, was **1.000 (tausend) Milliarden Euro** sind? Nein? Wir auch nicht. Aber das ist die Summe, die jährlich den EU-Staaten durch legale und illegale »Steuerflucht« vorenthalten wird. Das heißt, durch legale »kreative« Buchführung vor allem der Konzerne, Banken und Großunternehmen, und durch Geldverlagerung in die sogenannten »Steuroasen«.

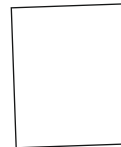
Zum Vergleich: die EU will sage und schreibe 6 (sechs) Milliarden Euro für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa locker machen. Also gerade so viel, als sie in zwei Tagen an die Reichsten der Reichen verliert. **Soviel zum Thema »Finanzierbarkeit« des Sozialsystems.**

Oder anders gesagt: **Geld ist im Überfluss vorhanden. Aber nicht dort, wo es benötigt wird.** Dafür wiederum ist die herrschende Politik verantwortlich. Die von der KPÖ grundsätzlich in Frage gestellt wird. Sollten Sie auch machen – auch am 29. September, **durch ein Kreuzerl bei der KPÖ.**



- Schickt mir ein Probeabo der Volksstimme
- Nehmt mich in den Verteiler des E-Mail-Newsletters auf
- Ich möchte aktiv und daher Mitglied werden, ruft mich an!

NAME, ANSCHRIFT, E-MAIL, TELEFON:



An die KPÖ
Drechslergasse 42
1140 Wien